

Wien Samstag den 20. Dezember 1924.

Ausdehnung der Besuchszeit in den städtischen Bädern. Wegen des zu erwartenden stärkeren Bäderbesuches vor den kommenden Feiertagen werden ausser der gewöhnlichen Betriebszeit sämtliche städtischen Bäder auch am Mittwoch den 24. und 31. Dezember vormittags ab 8 Uhr in Betrieb gehalten. Das städtische Thaliabad wird überdies auch noch am Dienstag den 23. Dezember geöffnet sein.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Die städtische Frauengewerbeschule V., Margarethenstrasse 152 ist seit 8. dieses Monats dem staatlichen Fernsprechnetz unter Nummer 54-4-49 angeschlossen worden.

Fachkurs für Grossküchenbetrieb. In der Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien wird mit 1. Jänner 1925 ein Fachkurs für Grossküchenbetrieb abgehalten, der auch von Externistinnen nach Massgabe der freien Plätze besucht werden kann. Nähere Auskünfte erteilt die Schulleitung VI., Brückengasse 3, an Wochentagen vormittags.

Altersheim-Festkonzert. Das rührige Aktionskomitee des Vereines Altersheim veranstaltet am 9. Jänner 1925 unter dem Ehrenschatze der Frau Marianne Heinisch im grossen Konzerthausaal ein Festkonzert, für das Josef Danegger, Marie Fein, Selma Kurz-Halban, Maria Olzefska, Aagard Oestwig, Ida Roland und Dr. Schipper ihre Mitwirkung in uneigennützigster Weise zugesagt haben. Karten an der Konzerthauskasse und bei Kehlendorfer.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 20. Dezember 1924

(Fortsetzung der Beratung des Hauptvoranschlages)

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung und teilt mit, dass die Verschiebung der Brigittabrücke gelungen ist. Der Strassenbahnverkehr und der Wagenverkehr konnten bereits aufgenommen werden. Der Bürgermeister beglückwünscht die Techniker und alle ihre Mitarbeiter zu dem grossen Werk herzlich und dankt ihnen namens der Stadt Wien für die Mühewaltung. Der Gemeinderat nimmt diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall entgegen.

An Stelle der verstorbenen Gemeinderätin Amalia Pölzer ist zum erstenmal Gemeinderat Franz Somitsch (Sozialdemokrat) anwesend und leistet die Angelobung.

Es wird hierauf in die Spezialdebatte eingegangen. Zur Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten referiert amtsführender Stadtrat

Speiser, der ausführt: Ich will vorerst einen kurzen Ueberblick über die Bezüge der Angestellten des Magistrats ohne Unternehmungen geben. Der Gesamtaufwand für die Aktiven beträgt 978.8 Milliarden Kronen, für die Pensionsparteien 276.5 Milliarden Kronen, wozu noch 36.3 Milliarden für die Pensionsbezüge der ehemaligen niederösterreichischen Landesangestellten kommen, so dass sich der gesamte Personalaufwand auf 1 Billion 291 Milliarden, 617 Millionen Kronen stellt. Im Jahre 1924 betrug der Personalaufwand ungefähr 910 Milliarden Kronen, wozu 161.5 Milliarden Kronen als Beitrag des Bundes veranschlagt ^{sind,} so dass die Gemeinde aus eigenen Mitteln 748.5 Milliarden Kronen aufwendet. Gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1925 ergibt sich also eine Mehrbelastung von 543.1 Milliarden Kronen.

II. B o g e n

Diese Erhöhung hat ihren Grund vor allem darin, dass der Gemeinderat die Erhöhung der Bezüge der Angestellten vom 1. Februar 1924 an um durchschnittlich 23 Prozent beschlossen hat und dass die vom Gemeinderat für die Monate Oktober November und Dezember den Angestellten gewährten Zuwendungen eine dauernde durchschnittlich 25prozentige Gehaltserhöhung ergibt. Der Personalaufwand macht rund ³⁰ Prozent des Gesamtbudgets aus. Im Frieden war der Personalaufwand 62.6 Millionen, betrug also 26.1 Prozent des Gesamtbudgets von 240 Millionen Goldkronen.

Die Gemeinde Wien hatte am 1. Jänner 1924 17.920 Verwaltungsangestellte und 7.311 Lehrpersonen, sodass die gesamt Zahl der Aktiven Angestellten 25.231 war. Dazu sind noch 8.074 Pensionsparteien zu zählen. Am 1. Dezember 1924 wurden 18.670 Verwaltungsangestellte und 7.067 Lehrpersonen, zusammen daher 25.737 aktive Angestellte gezählt. Die Zahl der Pensionsparteien war 8.564. Bei allen diesen Zahlen sind die städtischen Unternehmungen nicht berücksichtigt. Dazu muss festgestellt werden, dass bei dem Stand vom 1. Dezember 1924 die Saisonarbeiter mitgezählt sind, wodurch eine Vermehrung um 715 Personen entsteht, während am 1. Jänner 1924 solche Saisonarbeiter nicht vorhanden waren. Da diese Saisonarbeiter gleichfalls am 1. Jänner 1925 nicht mehr beschäftigt werden können, so verringert sich die Zahl der Bediensteten um 715.

Die Gemeinde hat im Verwaltungsjahre 1924 eine Reihe neuer Agenten übernommen und bestehende Anstalten und Einrichtungen ausgebaut. So wurden die Frauengewerbeschule, das Leopoldstädter Kinderspital, zwei Tagesheimstätten, das Brigittaspital, die Jugend Erziehungsanstalt in Weinzierl übernommen, das Institut für Krüppelfürsorge, ausgebaut, der Irrenpflagedienst reorganisiert, die Zahl der Jugendfürsorgerinnen um 30, der Kindergärtnerinnen um 40 und der Kinderwärterinnen um 20 vermehrt. Die Reorganisation des Erziehungsdienstes in Eggenburg erforderte 40 neue Angestellte, in Lussingrande wurden 9 Angestellte aufgenommen, der Ausbau der Granitwerke machte die Aufnahme von 90 der Baustoffbetriebe von 18, der Wäscherei von 30 und der städtischen Werkstätten von 117 Bediensteten notwendig. Es sind durch diese Reformen und neuen Institutionen insgesamt 703 Angestellte neu hinzugekommen. Dadurch wird eigentlich das Bild etwas verschoben und es muss festgestellt werden, dass im Allgemeinen ein bedeutender Abbau von Angestellten durchgeführt worden ist.

Es wurden im städtischen Verwaltungsdienst auch einige sehr wichtige Reformen durchgeführt. Neben dem Ausbau der Jugendfürsorge und der Tuberkulosenfürsorge, hat vor allem die verstärkte Bautätigkeit der Gemeinde eine Reihe inneren Umgestaltungen erfordert. Durch weitgehende Verwendung von Rechenmaschinen und Schreibmaschinen wurde eine Modernisierung der Arbeit erzielt. Durchgreifende Reformen des Dienstes in den Bezirksämtern sind nur im Weg der Gesetzgebung möglich, da sich dieser Dienst meist auf den staatlichen Wirkungsbereich erstreckt. Der derzeit möglichen Reform der Verwaltung durch die Gemeinde sind daher sehr enge Grenzen gezogen und

konnte da nur Kleinarbeit geleistet werden. Erwähnt zu werden verdient, dass früher vielfach Erhebungen angeordnet oder Parteien vorgeladen wurden, obwohl eine ^{schriftliche} kurze Anfrage an die Partei genügt hätte. Durch die konsequente Durchführung dieser Art der Erledigung wurde einerseits erreicht, dass die Parteien sich den Weg zum Amt ersparen und daher berechnete Klagen der Bevölkerung über unnütze Vorladungen kaum mehr vorkommen und andererseits die Erhebungsorgane entlastet werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass dieser Vorschlag auf dem Gebiet der Personalangelegenheiten die dringendsten Notwendigkeiten enthält, dass ^{wir} Ersparungen erzielt ^{müssen}, weshalb wir an die ideale Auffassung von der Hingabe des öffentlichen Angestellten, der ja dem Gemeinwesen dient und in dieser Eigenschaft ganz besondere Sicherheiten genießt, appellieren. Wir können mit Befriedigung feststellen, dass eine Intensivierung der Arbeit auf vielen Gebieten erzielt worden ist, was nur durch das enge Einvernehmen der Verwaltung mit den Angestellten möglich war. (Beifall)

O. R. Stöger (oh. soz.) erklärt, dass die gegenwärtige Verwaltung von einer sachlichen wirklich unpolitischen Verwaltung noch sehr weit entfernt sei und belegt diese Behauptung mit mehreren Beispielen. So hätten sich in der Massenauszeichnung der Lehrpersonen vom vorigen Jahr unter 500 ausgezeichneten Lehrpersonen nur 8 Christlich soziale befunden. Redner beanstandet, dass manche zu Schulleitern ernannte Lehrer und Lehrerinnen eine zu geringe Dienstzeit in kommunalen Diensten haben und dass 4 Konfessionslose und 1 Altkatholische Lehrpersonen zu Schulleitern ernannt werden seien. Er verlangt für die Christen Kinder dieselben Rechte wie sie den Judenkindern gewährt werden (Sehr richtig) und stellt einen Antrag, die Dienstordnung dahin abzuändern, dass bei der Neuaufnahme die Förderung und Auszeichnung von Angestellten der Gemeinde jede Beschränkung auf sozialdemokratisch organisierte Bewerber zu entfallen habe. (Beifall bei den Parteigenossen)

G.R. Haider (chr. soz.) bespricht die Agitationsreise des Stadtrats Speiser in Oberösterreich zur Zeit der Wahlen und hält ihm vor, dass er damals den Ausspruch getan habe, in Wien gäbe es keine Not. Ausserdem habe Herr Speiser die sozialdemokratische Kandidatenliste auf der auch auch einige Hausbesitzer stehen empfohlen. Die Sozialdemokraten gebärden sich immer als Feinde des Abbaues, aber ihr Führer Tomschik ist selbst für den Abbau eingetreten und Speiser habe auch Gemeindeangestellte abgebaut, obgleich die Stadt Wien aus finanziellen Gründen dazu nicht gezwungen gewesen sei. Redner übt weiter an der Personalpolitik scharfe Kritik und sagt er hoffe, dass im Interesse der Moral des Rechtes und der sozialen Empfindung Stadtrat Speiser, der eine Fülle von Macht in seiner Hand vereinige im kommenden Jahre gerechter und menschlicher handeln werde.

G.R. Wawerka behandelt vorwiegend die Kredit- und Krankenfürsorge für die städtischen Angestellten. Im abgelaufenen Jahre wurden vom Kreditfürsorgeinstitut an Lehrer, Beamte und Schulwarte insgesamt 74 Millionen an unverzinslichen Gehaltsvorschüssen bewilligt. Demgegenüber sind im Jahre 1913 für den gleichen Zweck 3½ Milliarden ausgegeben worden. Zu einer Zeit also, wo die Menschen unter besseren Lebensverhältnissen waren, wurde für die Kreditfürsorge der Angestellten 50mal soviel ausgegeben wie heute. Genau so liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Aushilfen. Die Mehrheit tue sich viel Zugute. Auf die Kreditfürsorgeanstalt für Bedienstete aber dieses Institut helfe den Bedürftigen nur zu unglaublichen Wucherzinsen. Redner führt ein Beispiel an wonach ein städtischer Angestellter für ein Darlehen von 2½ Millionen Kronen an Jahreszinsen 685.000 Kronen zahlen musste, also 55 Prozent sind. In gleicher Weise werde über die städtische Krankenfürsorgeanstalt geklagt, deren Verwaltungskosten viel zu teuer seien, weil sie 9,9 Prozent der Auslagen ausmachen. Redner sei von städtischen Angestellten ersucht worden, gelegentlich der Budgetdebatte entsprechende Verbesserungsanträge zu stellen, er unterlasse es aber weil solche Anträge kein Gehör finden. Die Christlichsozialen können nur gegen diese Art der Budgetverhandlung Protest erheben, denn sie sei keine ernste, sondern nur eine Komödie.

G.R. Innerhuber (soz-dem-) wendet sich gegen die Ausführungen der Gemeinderäte Stöger und Haider, die behauptet haben, dass die ganze Verwaltung nach parteipolitischen Grundsätzen geleitet werde. Wie kommt es dann, dass bei Versammlungen von Bundesangestellten immer wieder der Wunsch durchleuchtet, lieber bei der Gemeinde Wien angestellt zu sein. Die Bundesangestellten spüren eben am eigenen Leibe die Verhältnisse des Bundes, sie erheben immer wieder laute Beschwerden, weil eine Verschlechterungsvorlage die andere jagt, immer unter dem Titel: Es muss saniert werden. Man wollte das Kündigungsrecht wieder einführen, so wie eine vierzigjährige Dienstzeit aber der Personalvertretung ist es gelungen, diese Attentate abzuschlagen. Remunerationen bekommen nur auserlesene Menschen von gewissen Gruppen aufwärts, während die unteren Kategorien leer ausgehen. Wir sehen auch das gute Herz des Bundes bei der Reihung der Sicherheitsbeamten. Es wurde versucht sie in ihren wohlverworbenen Rechten zu verkürzen. Für Monturen die früher gratis verabfolgt wurden müssen die Angestellten beim Bund jetzt ein Monturgeld zahlen, dabei sind diese von der jüdischen Firma Back gelieferten Monturen von misserabler Qualität. Herr Haider habe auch den Abbau berührt und Tomschik als den Abbaukommissär hingestellt. Wer den Abbau so energisch betreibt wisse heute jeder Mensch, denn Herr Zimmermann

erkläre in seinen Berichten immer wieder, dass noch zu wenig Bundesangestellte abgebaut worden sind. Sollen die Gewerkschaftsführer etwa zum letzten Mittel greifen um den weiteren Abbau zu verhindern? Wie würde da die christlichsoziale Presse und andere Blätter über den Terror der Sozialdemokraten losziehen! Die Regierung beuge sich dem Tiktat des Zimmermann. Wenn abgebaut werden muss, so mögen die wirtschaftlich Starken abgebaut werden, die auf volle Pension Anspruch haben und die reichen Bauernsöhne. Was sehen wir aber? Die Bundesverwaltung hört nicht auf die Vorschläge der Personalvertretung, sondern sie hat den Abbau gar damit begonnen, dass sie die sozialdemokratischen Vertrauensmänner auf die Liste stellte. Nur durch die Macht der Personalvertretung konnte dieses schwere politische Unrecht beseitigt werden. Tomschik hat wohl gar gesagt, es seien zu viele Staatsbedienstete aber er hat auch gezeigt, wo ein Ueberschuss besteht, bei den Hofräten und Oberinspektoren. Aber da wurde nicht abgebaut. Es gibt Beamte, die auf dem Lande grosse Bauerngüter haben und Beamten die mit grossen Schweinezüchtereien, die wurden nicht auf die Abbau-liste gesetzt. Kohlenarbeiter und Verschieber wurden abgebaut, sodass heute an diesen Arbeitskräften Mangel herrscht. Der Bund ist auch daran, die Bahngendarmarie abzubauen. Das ist trotz des Eingreifens der Handels- und Gewerbekammern auch geschehen, man hat diese Menschen die mehr als ein Jahrzehnt im Dienste des Volkes und der öffentlichen Sicherheit stehen, rücksichtslos dem Hunger und der Existenzlosigkeit preisgegeben, sie vermehren die Schaar der Arbeitslosen, da sie nur eine sehr geringe Abfertigung bekommen haben. Man wirft der Gemeindeverwaltung vor, dass sie bei der Vergebung von freierwerdenden Wohnungen die sogenannten Waggonbewohner nicht berücksichtige. Wie aber betätigt der Bund die Wohnungsfürsorge für seine Angestellten. Als der Elisabethhof vom Verkehrsministerium geräumt wurde, hat man dort den Hackenkreuzlern und anderen ähnlichen Vereinigungen die Lokale zugewiesen und da wagt es noch jemand zu sagen, dass wir daran Schuld sind, wenn es noch Waggonbewohner gibt. Sind etwa in das freigewordene Arbeitsministerium in der Porzellangasse Waggonbewohner hineingekommen? Man hat dort nur ein ganz klein Gruppe von Oberbeamten untergebracht und verlangt obendrein, dass sie 40 Prozent der Adaptierung bezahlen. Auch in das Bundeshaus am Neubaugürtel sind keine Waggonbewohner einquartiert worden. Man überlässt es einzig und allein der Gemeinde Wien diese Waggonbewohner unterzubringen. Die Bundesverwaltung handelt nach dem Grundsatz: Den Kohlenarbeitern als Behausung der Waggon, den Oberbeamten Vier- bis Fünfzimmern Wohnungen. So zeigt sich das gute Herz dieser Bundesverwaltung. Es ist ein ungeheurer Unterschied zwischen der Personalpolitik des Bundes und der der Gemeinde, die für ihre Angestellten wirklich Fürsorge betreibt. In der Brust der Christlichsozialen wohnen zwei Seelen. Kommen sie in Versammlungen zu Gemeindeangestellten, dann betreiben sie die Lizitationspolitik wie es die Komunisten auch tun, bei den Bundesangestellten hingegen machen sie eine Beschwichtigungshofrats-Politik. Aus allen diesen Gründen sind wir umso mehr in der Lage gerne und freudig für diese Verwaltungsgruppe zu stimmen.

G.R. Doppler (chr. soz.) polemisiert gegen den Vorredner und seinen Vorwurf, dass die Christlichsozialen eine Lizitationspolitik betreiben. Im Verlaufe seiner Ausführungen kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Gemeinderat Doppler einerseits und den Gemeinderäten Reismann, Rudolf Müller und Kohl andererseits. Gemeinderat Doppler verlangt unter lebhafter Unruhe dass man keine Vergleiche zwischen Bund und Gemeinde anstellen möge, besonders bezüglich der Angestellten weil der Bund unge-

IV. B o g e n

neuere Zuschübe auf den Sukzessionsstaaten erhalten habe. Die Verträge der Angestellten beim Bund sei wesentlich anders als bei der Gemeinde. Dort sitzen bei den Verhandlungen Vertreter aller Richtungen. Redner vermisst im Voranschlag das reiche Ziffermaterial das früher immer darin war, bespricht das Kreditwesen an Angestellte und tadelt die Bindung die bei der Anstellung von Angestellten diese in eine Parteiorganisation drängt (Beifall bei den Parteigenossen).

Stadtrat Speiser hält als Referent das Schlusswort und sagt: Er sei gewohnt, dass sich bei der Verhandlung seiner Verwaltungsgruppe immer auch eine politische Debatte entwickle. Dass man sich in diesem Jahre auf einer mittleren Linie bewegt habe sei ein gewisser Fortschritt. Bezüglich der Klagen einiger Vorredner über die Art der Behandlung der christlichen Gewerkschaft durch die Gemeindeverwaltung verweist der Redner darauf, dass er selbstverständlich an den § 71/der Dienstordnung bezüglich der Koalitionsfreiheit der Beamten und bezüglich der Berechtigung der einzelnen Organisationen in der Vertretung festhalten müsse. Ueber die Verhandlung mit Angestelltengruppen bestehen Richtlinien, die der Gemeinderat im Dezember des Jahres 1920 beschlossen habe und nach denen der Personalreferent mit der grössten Organisation zu verhandeln hat. Nach § 6 der Dienstordnung können diesbezügliche Abänderungen nur im Einvernehmen mit der Personalkommission vorgenommen werden. In dieser Hinsicht sind die Verhältnisse bei der Gemeinde besser als beim Bund.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Ich habe die Verhältnisse im Bund nicht glänzend genannt.

St.R. Speiser: Von den 15.280 Angestellten der Hoheitsverwaltung (ohne Lehrer) die hier in Betracht kommen, gehören 15.000 dem Verband und 280 der christlichen Gewerkschaft an. Von den 6.960 Lehrpersonen sind 6.420 im Verband organisiert und 540 von der christlichen Gewerkschaft und von den Pensionsparteien gehören 8.330 dem Verbände an und 170 der christlichen Gewerkschaft.

G.R. Rummelhardt: Ist diese Minorität niemand?

St.R. Speiser: Ich bin gewiss der letzte der Angehörigen einer Minorität nicht das Recht zusprechen würde, ihre Belange zu vertreten. Man soll Minderheiten nicht bagatellisieren, aber ich kann nichts tun als die bestehenden Bestimmungen in dieser Beziehung einhalten. Wenn Gemeinderat Stöger sich beklagt hat, dass Angehörige der christlichen Gewerkschaft in zugeringer Zahl bei der Massenauszeichnungen berücksichtigt werden, so genügt ein Vergleich der Zahlen der im Verband und der in den anderen Organisationen organisierten Mitglieder. Natürlich muss es mehr Leute vom Verband geben die ausgezeichnet werden, weil es mehr Verbandsangestellte überhaupt gibt. Ich habe in meinem Leben nicht die Liste der in der christlichen Gewerkschaft organisierten Angestellten durchgesehen, weil ich mich in meinen Handlungen nicht durch parteipolitische Bewegungen weder auf der einen noch auf der anderen Seite beeinflussen lasse. Wir haben das System der aussergewöhnlichen Beförderungen nicht auf, sondern die Rücksicht auf die Sparsamkeit war hier massgebend. Ich werde mit derselben Gerechtigkeit ohne Ansehen der Partei wie bisher vorgehen. Redner kommt nun auf den Fall des Schulwartes Stalzer zu sprechen und gibt da an der Hand eines Protokolles die entsprechenden Aufklärungen und be-

spricht die Ernennung^{en} von Lehrern zur Schulleitung, wobei Rücksicht zu nehmen war, dass die innere Erneuerung des Schulwesens von jüngeren Damen und Herren getragen werden müsse. Den Antrag Stöger empfehle er, soweit er nicht Beleidigungen der Mehrheit erhalte, der geschäftsmässigen Behandlung zuzuweisen. Im Blatte der christlichen Gemeindeangestellten sei im Oktober 1924 bei einer Besprechung der neuen Schulleiter Ernennungen hervorgehoben worden, dass sich unter ihnen vier Schulleiter befinden, die aus dem Schulleiterverband ausgetreten sind. Gegen weitere Ausführungen der Vorredner polimierend erklärt der Redner, dass die Gemeinde nicht Personen abgebaut, sondern die Zahl der Bediensteten durch freiwilligen Abbau um 700 Personen vermindert habe. Gegenüber Gemeinderat Dr. Flaschkes erklärt der Redner, dass jüdische Aerzte und Ingenieure auch kleine Angestellte von der Gemeinde angestellt wurden, es seien allerdings Beamte aus der Luegerzeit pensioniert wurden, aber nur solche die pensionsreif waren. Aus allen Vorwürfen der Vorredner möge man ersehen, wie schwierig es sei, dass Personalreferat zu verwalten. Ein Personalreferent lebt von der allgemeinen Unzufriedenheit (Häckerkeit). Redner schliesst mit den Worten: Ich hoffe die bisherige Politik mit jener Gerechtigkeit die geradezu austariert ist fortzusetzen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Weigel schliesst die Sitzung und beraumt die Sitzung nächste/für 4 Uhr an.

20/12

Vanni

Herausgeber und verant. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 20. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

Keine Sprechstunden im Rathaus. Infolge der Budgetberatungen durch den Gemeinderat entfallen am Montag sowohl beim Bürgermeister, als auch bei den amtsführenden Stadträten die Sprechstunden.

Sammeltag für die Armen Wiens. Die Gemeinde Wien veranstaltet am Sonntag, den 21. Dezember, den fünften offiziellen Sammeltag für die Armen Wiens. Im vergangenen Jahre wurden anderthalb Milliarden Kronen von der hilfsbereiten Bevölkerung für diesen Zweck aufgebracht. Diese Summe ist im Laufe dieses Jahres von den Wiener Fürsorgeinstituten an die Aermsten der Armen unserer Stadt verteilt worden. Die wirtschaftliche Not ruft zu neuer Hilfe. Es ist daher Ehrenpflicht, dass jedermann, der geben kann, zu dieser Sammlung sein Schärfflein beiträgt. Auch die kleinste Gabe ist willkommen. Die Sammlung wird in den Häusern mit Sammelbogen, auf den Strassen und in den Lokalen mit den bekannten Sammelbehältern vorgenommen. Die Sammelnden haben entliche Legitimationen.

Die Kleine Neugasse teilweise gesperrt. Da die Kleine Neugasse in dem Teil gegen die Margarethenstrasse zu sehr enge ist und sich wiederholt Unfälle ereignet haben, hat die Polizeibehörde beim Magistrat veranlasst, dass die Durchfahrt durch die Kleine Neugasse in ihrem letzten Teil gegen die Margarethenstrasse, gesperrt werden muss. Von der Klagbaumgasse in der Kleinen Neugasse herabkommende Fuhrwerke müssen durch die Schäfergasse in die Grosse Neugasse abbiegen.

WIENER - GEMEINDERAT

(Fortsetzung der Budgetberatung)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und teilt mit, dass die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten später vorgenommen werden wird. Es wird sofort zur Beratung der

Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen

geschritten. Das einleitende Referat hält der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe, Professor Tandler:

Das Budget, das sich auf die Wohlfahrtspflege erstreckt, umfasst 635 Milliarden Kronen an Ausgaben. Das sind um rund 90 Milliarden Kronen mehr, als der Voranschlag für das Jahr 1924 ausweist. Es ist im städtischen Wohlfahrtswesen eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Man kann auch sagen, dass eine Verlangsamung des Tempos festzustellen ist, da wir meinen, dass die vielen neuen Dinge, die wir gemacht haben, sich auswirken müssen. Wir waren in den früheren Jahren durch die allgemeine Not gezwungen, ein rasches Tempo einzuschlagen und sind nun bemüht ein gewisses Gleichgewicht herbeizuführen. Auch dieser Voranschlag zeigt, dass es nicht möglich war, das Wohlfahrtswesen auf eine gesunde, bevölkerungspolitisch gerechte Grundlage aufzubauen. Würde dies möglich sein, dann müsste dieses Budget mehr zugunsten der Jugend ausschlagen. Wenn wir die Zahlen nicht nach einzelnen Zweigen des Budgets, sondern nach bevölkerungspolitischen Ideen in unproduktive, also in Ausgaben für die Altersfürsorge und in produktive, also in Ausgaben für die Aufzucht der Jugend, sondern, so muss festgestellt werden, dass von den gesamten

Ausgaben rund 340 Milliarden sich auf Dinge verteilen, die wir nicht als produktiv bezeichnen können, während rund 251 Milliarden Kronen wirklich produktive Ausgaben vorhanden sind. Gewiss, von bevölkerungspolitischen Standpunkt kein glänzendes Budget. Betrachtet vom Standpunkt des Leistungsprinzips wieder eine gewaltige Sache.

Was zunächst die offene Fürsorge anlangt, so ist festzustellen, dass wir ungefähr 30.000 Menschen in unsere Obhut genommen haben. Bei der geschlossenen Fürsorge sind wir bestrebt, die Menschen der verschiedensten Art zu kategorisieren. So ist der Abbau der gesunden Pflinglinge des Versorgungshauses in Lainz bereits sehr stark fortgeschritten und wird dort nur mehr eine Anstalt für Sieche sein. Das hat zur Folge, dass wir neuen Platz brauchen. Es ist daher im Voranschlag die Errichtung eines neuen Versorgungshauses in Floridsdorf vorgesehen und als erste Baurate ein Betrag von 10 Milliarden eingestellt.

Die gesamte Fürsorge für das mittlere und spätere Lebensalter gibt mir auch Gelegenheit, von der Politisierung meines Ressorts, die mir so oft vorgeworfen wird, zu sprechen. Da muss ich sagen, dass diese Politisierung in den geschlossenen Anstalten mit der Entwicklung und den Eigenheiten des politischen Lebens der Republik zusammenhängt. Diese Leute sind nun Wähler geworden und damit Objekte der Werbung der verschiedenen Parteien. Das ist nicht etwas, das wir hineingetragen haben, sondern ist abgeleitet von den Rechten, welche die Republik diesen Pflinglingen gegeben hat. Da ist es nun begreiflich, dass manchmal der Friede in den Anstalten schwindet. Wir sind ständig bemüht, die politische Agitation aus den Mauern dieser Anstalten zu verbannen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte über jene Verhänderungen sagen, die der niederösterreichische Landtag durch die neue Wahlordnung herbeigeführt hat. Es wurden unsere Anstalten als eigene Gemeinden erklärt und wir haben jetzt ein Neu-Ybbs, Neu-Mauerbach, Neu-Liesing und ein Neu-Andrä. Das hat zu sehr komischen Verwicklungen geführt. Die Schaffung der Gemeinde Neu-Ybbs ist ebenso geistreich, wie wenn man den Steinhof zu einer Gemeinde Neu-Wien machen würde (Heiterkeit). Die Sache verliert aber an Komik. In Neu-Ybbs sind nämlich die Geisteskranken selbstverständlich von der Wahl ausgeschlossen und es bleiben nur die Pflegepersonen übrig. Diese Leute haben nun mit der Gemeinde Alt-Ybbs ein Wahlkompromiss geschlossen, dessen Sinn war, dass sie aus Neu-Ybbs heraus reklamiert und in die Wählerliste von Alt-Ybbs aufgenommen werden. So ist schliesslich eine Gemeinde ohne Wähler dagewesen. Im letzten Augenblick haben sich aber die Angehörigen der ehrwürdigen Gemeinde Alt-Ybbs entschlossen, ihr Versprechen nicht zu halten und dadurch sind diese Menschen vom Wahlrecht sowohl in Neu- als auch in Alt-Ybbs ausgeschlossen gewesen. In Neu-Ybbs hätten ungefähr fünf Pfründner wählen dürfen. Ich meine, dass alles vermieden werden sollte, um in unseren Anstalten die Leute aufzuregen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Daher sollen auch in die Wiener Anstalten keine Agitatoren hineingelassen werden!

G.R. Hofbauer (soz. dem.): Da müssten Sie draussen bleiben!

St.R. Tandler: Sie können schon aus den Veranstaltungen in Lainz ersehen, dass wir jedwede Politik ausschalten und in den letzten vier Jahren von dort ^{keine} Beschwerden gekommen sind.

Was wir in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens zu leisten hatten war die Ueberwindung einer furchtbar kritischen Periode. Dieser Neuaufbau war einer der schwersten Probleme, vor denen wir standen. Wir bemühen uns die Menschen so frühzeitig als nur möglich zu erfassen und ich verweise darauf, dass wir auch im kommenden Jahr die Fürsorge für schwangere Frauen, mit der schon einmal in diesem Saale erwähnten Blutuntersuchung ^{vorgesehen}

haben

II. B o g e n .

Dies geschieht ohne allen Zwang. Auf allen übrigen Gebieten, wie vor allem im schulärztlichen Dienst, bei den Schulkliniken, der Schülernausspeisung, sind wir bestrebt, weiter auszubauen.

Auch die Bekämpfung der Tuberkulose wird von uns mit allen Mitteln durchgeführt. Leider wird die Bedeutung dieser Fürsorge im Volke viel zu wenig erkannt. Die Menschen glauben noch immer, dass der wirksamste Kampf gegen diese Krankheit in der Heilstättenbehandlung liegt. Nun weiss man heute ganz genau, dass die Heilstätten die überschwinglichen Hoffnungen, die man an sie geknüpft hat, nicht erfüllt haben, nicht erfüllen konnten. Neu ist unsere Bestrebung Pflegerinnenschulen zu errichten. Man kann nur dann einen so schweren Beruf klaglos versehen, wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt, sich entsprechend auszubilden. Es sind im ersten Jahrgang dieser Schule bereits 30 Mädchen und ein zweiter Jahrgang wird eröffnet werden.

Die hygienischen Einrichtungen unserer Stadt sind derart, dass man sagen kann, soweit menschliche Voraussicht reicht, die Bevölkerung vollkommen beruhigt sein kann. Der Sanitätsbetrieb stellt gewaltige Anforderungen an die Finanzen der Gemeinde, Anforderungen die wir aber gerne erfüllen.

So kann zusammenfassend gesagt werden, dass dieser Voranschlag von den Bestreben geleitet ist, die Fürsorgearbeit der Gemeinde nach besten Kräften zu vollbringen (Lebhafter Beifall).

G.R. Pangsch (chr. soz.) wünscht, dass ausser der in Floridsdorf zu errichtenden Versorgungsanstalt auch in einem anderen Bezirke ein derartiges Heim geschaffen werde um den Alten Wienern zu ermöglichen in Wien ihren Lebensabend zu beschliessen. Unzulässig sei in den Humanitätsanstalten und vorwiegend in Lainz die freidenkerische und politische Agitation. Man möge den Leuten ihre religiöse Ueberzeugung lassen und sie auch nicht unnötiger Weise politisch aufreizen. Bei der Bestellung der Fürsorgeräte werde parteiisch vorgegangen und die Angehörigen der christlichsozialen Partei nicht nur übergangen sondern oft auch zum Besten gehalten. So wurde kürzlich einem christlichsozialen Fürsorgerat ein bestimmtes Gebiet zugewiesen und als er zum ersten Male seinen Rayon besuchen wollte fand er zu seinem Erstaunen und Verdruß, dass das ihm zugewiesene Gebiet aus lauter unbebauten Flächen bestand (Heiterkeit). Mit solch ernstern Dingen sollte man doch nicht Wohnungspott treiben. Verdienstvolle Fürsorgeräte, früher Armenräte geheissen seien einst von der Gemeinde ausgezeichnet worden und es wäre zu wünschen, wenn diese nützliche Einrichtung zum Ansporn des persönlichen Erfolges wieder eingeführt werden würde. Redner führt Beschwerde darüber, dass die Gemeinde die Bewilligung von Sammeltagen von der parteimässigen Zubehörigkeit der Ansuchenden Organisation oder Institution abhängig mache. Er bezeichnet die Entlohnung der freiwilligen Arbeiter im Lainzer Versorgungshaus mit 2000 Kronen für sechs Stunden Arbeitszeit als ganz unzulänglich. Die alten Leute weigern sich vielfach diese Arbeiten zu übernehmen, worauf ihnen die Versetzung in ein auswärtiges Heim angedroht wird. In den verschiedenen Humanitätsanstalten wurden die Verpflegeträge auf das dreifache erhöht, weil die Personallasten zu hoch sind. Man sollte auch nicht die private Fürsorgetätigkeit vollständig unterbieten und nicht nur die sozialdemokratischen Fürsorgeinstitute unterstützen. Redner richtet an den Referenten die Frage warum für die Armen der Stadt Wien und die Schulkinder

nicht mehr Schuhe angeschafft werden. Das Krematorium habe sich nach den bisherigen Erfahrungen als überflüssig erwiesen, man könnte die hierfür aufzuwendenden Summen nützlicheren Zwecken zuführen.

Der Bürgermeister leitet sodann die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten ein, dass Budget dieser Verwaltungsgruppe wird angenommen. Der Resolutionsantrag Stöger betreffend die Dienstordnung wird der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der Antrag Stöger, es sei der Senat anzuweisen sich bei Neuaufnahmen von Angestellten eines ungehörigen Vorganges zu enthalten wird abgelehnt.

G.R. Nachnebel (soz. dem.) beantragt, dass die Post „Einmalige Geldaushilfe durch die Fürsorgeinstitute um 10 Milliarden auf 11.4 Milliarden erhöht werde.

G. R. May (chr. soz.) übt Kritik über die allzugrosse Strenge mit der bei der Zuerkennung von Erhaltungsbeiträgen vorgegangen wird. In der geschlossenen Fürsorge erhalten die Pflinglinge nicht mehr die selbe fürsorgliche und liebevolle Behandlung wie früher. Redner führt Beschwerde im Bürgerhause sowie über die Qualität und Quantität der dort gereichten Speisen.

G.R. Eisinger (soz. dem.) erhält unter grosser Unruhe der Minderheit das Wort.

G.R. Untermüller (chr. soz.) : Was ist mit der Verleumdung die Sie vor einiger Zeit ausgesprochen haben ?

G.R. Haider (chr. soz.) : Haben Sie schon die Verleumdung zurückgenommen ?

G.R. Untermüller : Wollen Sie als Verleumder gelten ? Schliesslich verlassen die Christlichsozialen den Saal und Gemeinderat Eisinger kann seine Rede beenden. Redner

bespricht die Weltanschauung der gegenwärtigen Mehrheit hinsichtlich der Fürsorge und meint, die Bevölkerung habe jetzt ein grösseres Freiheitsbedürfnis und wolle nicht mehr der privaten Wohltätigkeit unterworfen werden. Es sei ein grosser Unterschied zwischen sozialer Fürsorge und privater Wohltätigkeit. Wir haben nicht mehr die Menschen die sich eine private Wohltat erwählen lassen wollen und auch nicht die Menschen die private Wohltätigkeit üben wollen.

Würde die Gemeinde nicht ihre Pflicht erfüllen, so würde das Gebiet der öffentlichen Wohltätigkeit brach liegen (Sehr richtig). Redner bespricht nun die Kindergärten der Stadt Wien die jetzt 75 Kindergärten hat und im kommenden Jahre noch zwei errichten wird. Die Zahl der Volkskindergärten ist von 8 auf 11 gestiegen. Die Umwandlung von Kindergärten in Volkskindergärten ist für die Gemeinde sehr bezeichnend. In den Kindergärten zahlen nur 45 Prozent der Eltern das ganze Geld für das Mittagmahl, 10 Prozent bloss die Hälfte, 12 Prozent ein Drittel und 33 Prozent der Kinder haben Freiplätze. Was die Schülernausspeisung betrifft, so wird bloss für 3 Prozent der Kinder von den Eltern der volle Preis bezahlt für 2 Prozent drei Viertel des Preises, für 16 Prozent die Hälfte und 52 Prozent zahlen überhaupt gar nichts. 15.000 Kinder werden in ganz Wien an 60 Stellen von der Gemeinde in durchaus zufriedenstellender Weise ausgespeist. Dafür gibt die Gemeinde 17.7 Milliarden aus. Was macht der Bund hinsichtlich der Kindernausspeisung ? Bisher hatte der Bund 275 Millionen präliminiert und dies sind auch im Budget für 1925 gestrichen (Hört ! hört !). Der Bund will für die Schülernausspeisung überhaupt nichts mehr ausgeben. Er tut

auch nichts für die Kriegsbeschädigten obgleich dies seine gesetzliche Pflicht wäre (So ist es) . Im Budget für 1925 sind für die Kriegsbeschädigten 155 Millionen weniger eingesetzt als im Vorjahre (Hört ! hört !) , und da hält man hier Reden, dass die Gemeinde Verpflichtungen übernehmen soll die sie gar nicht hat. Für die Jugendfürsorge in Wien hat die Gemeinde 88 Milliarden eingesetzt, der Bund für ganz Oesterreich 6.4 Milliarden (Hört! hört!) um 342 Millionen weniger als im Vorjahre. Die Gemeindeverwaltung wird sich durch dieses ganze Gerde nicht von ihrem Weg abbringen lassen (Lebhafter Beifall) .

Unter lebhaften Zwischenrufen der Mehrheit nehmen die Christlich-Sozialen wieder ihre Plätze ein.

G.R. Merbaul (chr. soz.) bespricht die Umwandlung der früheren Karä Tillische Schule in eine Frauengewerbeschule im V. Bezirk und beklagt auch unter anderem, dass die neue Leiter in die Kreuze von den Wänden abnehmen lassen. Redner führt Beschwerde, dass durch ein Zirkulare die Fürsorgeämter angewiesen worden seien im Dezember nicht so viele Aushilfe zu geben, und beschwert sich, dass im Versorgungshause in Lainz die Freidenker-Vorträge veranstalten.

G.R. Dr. Friedjung (soz.-dem.) erklärt aus eigener Anschauung, dass die Heilanstalten der Gemeinde Wien mustergültig geführt und geleitet werden und sich vollkommen auf der Höhe befinden. Redner sagt, dass die Entpolitisierung der Fürsorge die von der Minderheit gewünscht werde vor allem von dieser selbst durchgeführt werden müsse indem sie dieses Verwaltungsgebiet der Gemeinde mit wohlwollendem Geiste beurteile.

G.R. Dr. Motzko (chr. soz.) : Dann tragen Sie nicht den Kulturkapf hinein !

G.R. Dr. Friedjung stellt nunmehr an den amtsführenden Stadtrat die Frage ob man nicht mit den ausländischen Regierungen wegen der Ausländer die unsere Spitäler und Heilanstalten besuchen, Übereinkommen treffen könne, damit diese Regierungen für die Kosten aufkommen (Lebhafter Beifall) .

G.R. Lehninger (chr. soz.) beklagt es, dass die Politik in die Anstalten hineingetragen werde und führt Beschwerde über die Zustände im Versorgungsheime in Lainz. Anstatt hunderte von Millionen an Subventionen für Parteiorganisationen auszugeben täte die Gemeindeverwaltung besser, für die Alten Wiener und Wienerinnen in Lainz zu sorgen. Hierwerde seitens der Pfléglingräte ein Terror ausgeübt. Als jüngst eine Frau im Sterben lag, kam der Pfarrer und konstatierte, dass sie konfessionslos geworden sei. Es wurde nun den Geistlichen verboten, Bekehrungsversuche zu machen (Unruhe bei den Christlich-Sozialen) .

G.R. Preyer (chr. soz.) : Es ist ein Skandal, was sie mit unseren alten Wienern treiben.

G.R. Lehninger sagt ferner, dass manche Pfléglinge 14 Stunden im Tage Arbeiten leisten müssen.

G.R. Untermüller : Ausbeuterei.

G.R. Preyer: Und das nennt sich sozialdemokratische Partei.

G.R. Lehninger bespricht die Zustände im Versorgungshause in Neu-Mauerbach, wo eine sozialdemokratische Versammlung stattfand und dann christlichsoziale Versammlung verboten wurde, weil sich die Pfléglinge dadurch zu sehr aufregen würden.

St.R. Tandler : Darüber kann ich Ihnen etwas vorlesen.

G.R. Lehninger bespricht die Lohnverhältnisse der Hausaufseher und schliesst mit dem Wunsche, dass die Verwaltung im Lainzer Versorgungshause eine solche werde, dass sich die Wiener und Wienerinnen darinnen so wohl fühlen, wie es früher der Fall war (Beifall bei den Parteigenossen) .

St.R. Tandler kommt in seinem Schlusswort zunächst auf die Ausführungen des Gemeinderates Lehninger zurück. Der Umbau in Lainz wurde vorgenommen und Pfléglinge zu scheiden, die nicht zu einander gehören, denn es sei verfehlt, Epileptiker und Menschen mit Altersblödsin beifügt unter gesunden Leuten zu belassen. Es waren auch Tuberkulotiker schwerster Art mit Gesunden beisammen. Daraus entsprang meine Idee, der Schaffung eines eigenen Siechenhauses und eines Altersheimes. Die Zahl der Siechen in Lainz ist grösser als der Fassungsraum der ganzen Anstalt, sie können nur an einer geeigneten Stelle untergebracht werden. Diese Erwägung brachte mich auf den Gedanken, Lainz in ein Siechenhaus umzuwandeln. Die erste Forderung war, der Umbau der Pavillons. Und daraus erklärt sich auch der sogenannte Ueberbelag. Die Schilderungen des Herrn Gemeinderates Lehninger entsprechen nicht vollkommen der Richtigkeit. Man kann doch nicht 16 Leute in ein Zimmer zusammenlegen, wenn nur für 8 Platz ist. Richtig ist, dass in ein Zimmer wo ursprünglich 14 Betten waren, 16 Betten hineingestellt worden sind. Wie waren aber die Zustände früher ? Da mussten die alten Leute zu hunderten auf den Boden liegen und ich habe sie allmählich in die Betten gebracht. (Gemeinderat Rummelhasrdt: Das war während der Kriegszeit). Ich kann nur sagen was ich übernommen habe, damals waren so und so viele Ueberbeläge. Es hat also auch ärgere Zustände gegeben. Ich halte den Ueberbelag von zwei Betten in einem gesunden Pavillon für keine Affäre, keinesfalls für eine schwerwiegende Beschuldigung. Wenn darüber geklagt wurde, dass die Leute keine Tagräume haben, so verweise ich darauf, dass im Bürgerversorgungshaus Tagräume nicht existierten und ich sie allmählich geschaffen habe, weil ich es nicht verstehen kann, dass ein Mensch wie ein fressendes Tier auf seinem Nachtkastel sein Essen verschlingt. Der Tradition wollte ich nicht ins Gesicht schlagen, dass die Bürger sozusagen ihrer bürgerlichen Herrlichkeit entkleidet nach Lainz gehen sollen. Daher geht es nicht anders, als dass allmählich dieses Bürgerversorgungshaus leer wird und dass dann diese leeren Säle zu Speisesäle umgebaut werden. Bezüglich der Klagen über mangelhafte und zerrissene Wäsche ist darauf zu verweisen, dass wir die Wäsche nach einem Krieg und nach einer Revolution übernommen haben. Wir kauften für viele Millionen neue Wäsche. Dabei mag es ja vorkommen dass jetzt noch hier und da ein Leintuch schadhaft ist, aber sie wollen mir doch nicht aus jedem durchlöchernten Leintuch einen Strick drehen. (Heiterkeit) . Bezüglich der Klagen über die Kost ist zu sagen, dass wir nicht mehr tun können, als den maschinellen Betrieb einzurichten und die beste Ware einzukaufen. Wir bemühen uns die Küchenmanipulationen zu vereinfachen und zu verbessern. Wenn die Kost mit den Mängeln einer Küche für 6000 Menschen behaftet ist, so ist das nicht weiter verwunderlich. Aber sie ist sicher durchaus bekömmlich und anständig zubereitet, wie ich mich hundertmale bei unangesagten Visitationen überzeugt habe. Auch die Aerzte nehmen immer Kostproben vor, ebenso kontrollieren die Kost regelmässig ein Mitglied des Pfléglingausschusses, dem auch Christlich-Sozialen angehören, die uns nicht besonders begünstern. Natur

lich kann hier und da das eine oder das andere Gerücht weniger gut sein, das kommt schliesslich auch in Privathäusern vor. Man hat von einem Terror des Pflinglärates gesprochen. Nun, von diesen sogenannten Terroristen fehlt schon die bessere Hälfte, die Frau Müller, es bleibt also noch der Herr Böhm.

Zu den Beschwerden über den Vortrag des Hofrates Franzl ist zu bemerken, dass ich nach Kenntnisnahme des Programmes diesen Vortrag nicht zugelassen habe. (Beifall bei der Opposition). Nun hat Hofrat Franzl in einem Pavillon vor freiwilligen Zuhörern seinen Vortrag gehalten. Niemand war gezwungen ihm anzuhören. Und wer sich gekränkt fühlte, hätte ja einfach weggehen können. Eine Affäre ist das jedenfalls nicht. Es wäre dann eine Affäre, wenn sie nachweisen könnten, dass Hofrat Franzl die Erlaubnis hatte, im Rahmen der gewöhnlichen Musikvorträge seine Rede zu halten.

Bezüglich einer weiteren Beschwerde des Gemeinderates Lehninger über angeblichen Gewissenszwang ist zu sagen: Ich habe eine wichtige Anzeige bekommen, dass jemand gezwungener Massen mit den Tröstungen der Religion versehen gestorben ist und gegen den Willen der Verwandten feierlich bestattet wurde. Um daraus keinen hochnotpeinlichen Akt zu machen, schrieb ich dem Verwalter einen Brief, er möge die Sache untersuchen, ohne ein Werturteil über den Vorgang selbst abzugeben. Die Untersuchung ergab, dass diese Frau mit Recht die Tröstungen der Religion bekam, weil sie zu ihrer Kirche wieder zurückgekehrt war und alles hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Nur die Pflingläräte haben dagegen remonstriert. Bei den Klagen über die Pflinglärbeiter bekommt man förmlich eine Gänsehaut. Ich habe diese Sache nicht eingeführt sondern im Gegenteil nach meinem Amtsantritt die Zahl dieser Arbeiter von 1200 bis heute auf 680 verringert. Sobald im Anstaltsterritorium die Geleiseanlagen solid sein werden, werden wir den Transport der Speisen mit Lokomotiven besorgen können, dadurch werden wieder Pflinglärarbeiter entbehrlich werden. Auch in der Anstaltsküche sobald neue Maschinen angeschafft sind, beispielsweise Kartoffelschälmaschinen. Die Aufnahme in das Versorgungshaus ist allerdings strenger geworden und das mit Recht, denn eine solche Anstalt ist kein Wirtshaus. Bei meinem Amtsantritt war in Lains die Ruhr endemisch. Durch die strengeren Aufnahmenvorschriften haben wir sie ganz zum Schwinden gebracht.

Nun einige Worte über Mauerbach. Es ist wahr, dass Landesrat Palme in der neuen Gemeinde Neu-Mauerbach eine Rede gehalten hat, weil er von der Ansicht ausging, das sei sein gutes Recht. (Widerspruch bei den Christlichsozialen). Der Beamte der dies zugegeben hat ist verwarnt worden. Als nun am nächsten Tag ein christlichsozialer Redner kam, hat mich der Beamte telephonisch verständigt, und ich habe es verboten in der Anstalt eine Versammlung abhalten zu lassen. Wie sehr ich damit Recht hatte, beweist der Verlauf der ausserhalb der Anstalt abgehaltenen christlichsozialen Versammlung, bei welcher nach einem mir zugegangenen Bericht es derart turbulent zugeing, dass die Ordner Mühe hatten Tätlichkeiten zu verhindern.

G.R. Kunschak: Und wie ist es bei der Versammlung Palme zugegangen?

St.R. Tandler: Der Bericht hierüber besagt, dass Palme anfangs ruhig angehört wurde und dass erst auf die Gegenrede eines Pflinglärers sich die berühmten zwei Parteien gebildet haben. Und da die Leute alt sind haben sie sich aufgeregt. Beide Vorgänge beweisen, dass wir Recht haben wenn wir die politischen Versammlungen in

der Anstalt nicht dulden. Wenn Gemeinderat Panosch es vermisst, dass Fürsorgerräte ausgezeichnet werden, so verweise ich darauf, dass während meiner Amtszeit hunderte solcher Diplome von mir unterzeichnet worden sind.

Mit dem Antrag des Gemeinderates Nachtnebel, einen Betrag von zehn Milliarden Kronen für die Unterstützung von bedürftigen Erwachsenen in das Budget hineinzunehmen, bin ich vollkommen einverstanden. Dadurch werden wir vielen bedürftigen Arbeitslosen helfen können. Wenn Sie diesen Betrag bewilligen, so bieten Sie uns die Möglichkeit unser individuelles Unterstützungssystem materiell zu erweitern. Das ist die einzige Art, die eine Vertiefung unserer Fürsorgebestrebungen bedeutet. Nicht jeder Arbeitslose kann einen Beitrag erhalten, sondern aus der grossen Zahl müssen die Bedürftigsten herausgesucht werden. Wenn dabei über einzelne Fürsorgerräte geklagt wird, so muss ich sagen, dass bei fünftausend Menschen immer Beschwerden kommen werden.

Ein ernstes Wort möchte ich noch über die Ausländer sprechen, die wir in unseren Anstalten erhalten müssen. Die Staaten lassen es da nicht nur an der Noblesse, sondern sie drücken sich auch um die Bezahlung. An der Spitze steht Polen, das uns auf den Heimbeförderungsantrag geantwortet hat, dass erst eine Krankengeschichte zu schicken. Da handelt es sich oft um Abschriften, die mehr als hundert Seiten umfassen. Wir haben uns dieser Riesenarbeit unterzogen, worauf wieder mitgeteilt wurde, dass ein solcher polnischer Kranker nur dann in seine Heimat gebracht werden kann, wenn die Familienangehörigen damit einverstanden sind. Eine solche Zustimmung ist aber kaum zu erzielen und es ist diese ganze Vorgangsweise eine gewöhnliche Frozelei. Auf dem Steinhof haben uns diese Kranken bis jetzt vier Milliarden Kronen gekostet. Ich habe das absichtlich in aller Öffentlichkeit gesagt, weil ich dieses Benehmen eines Staates für ungehörig halte. (Beifall).

Zum Schluss möchte ich pflichtgemäss allen Mitarbeitern meiner Verwaltungsgruppe den Dank für ihre mühevollen Arbeit sagen. (Beifall). Ich bin der Meinung, dass man dieses schwere Amt doch einzig und allein nur dann ordentlich führen kann, wenn man sicher ist, allseits unterstützt zu werden. Wünschen Sie einen Erfolg meiner Arbeit, dann wünsche ich Ihre Mitarbeit. (Beifall).

Vorsitzende Frau Gemeinderätin Book teilt mit, dass die Abstimmung über diese Gruppe vertagt wird.

Es ergreift nun zum Voranschlag der Gruppe

Sozialpolitik und Wohnungswesen

das Wort amtsführende Stadtrat Weber: Der Voranschlag meiner Verwaltungsgruppe umfasst 937,2 Milliarden Kronen. Davon entfallen auf die Sozialpolitik, so weit sie in diese Gruppe gehört, rund 16 Milliarden Kronen. Das Kleingartenwesen ist mit 840 Millionen Kronen enthalten und den grössten Teil, nämlich 911 Milliarden Kronen nimmt das Wohnungs- und Siedlungswesen ein. Da das Wohnungsanforderungsgesetz bis Ende 1925 befristet ist, wurden die Äquivalentleistungen nur mehr mit 5,2 Milliarden Kronen eingestellt, da wahrscheinlich in den letzten Monaten die Einzahlungen stark zurückgehen werden.

Über die Tätigkeit des Wohnungsamtes, das dieser Gruppe das Gepräge gibt, kann vor allem gesagt werden, dass auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine kleine Erleichterung eingetreten ist. Am 1. November 1924 haben wir 22.229 mit I qualifizierte Wohnungssuchende verzeichnet, gegenüber 21.368 am 1. Jänner 1924. Unter den 22.229 Vorgemerkten befinden sich aber 4187, die über eine vollständige Wohnung als Hauptmieter verfügen und nur deshalb als dringlich vorgemerkt sind, weil ihre Wohnung überfüllt ist.

In Berlin wurden anfangs Jänner 223.000 Wohnungssuchende gezählt und bis jetzt konnten nur 32.000 untergebracht werden. Man kann also sagen, dass die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete gerade nicht die schlechteste ist. (Beifall)

Das Wohnungsamt hat bis 1. November 1924 genau 7424 Wohnungen und Einzelräume zugewiesen. In den ersten ^{zehn} Monaten wurden 1726 Notstandsfälle untergebracht. Durch den Wohnungstausch und die Wohnungsumschreibungen wurden in der gleichen Zeit 7655 Zuweisungen ermöglicht. Insgesamt konnten bis 1. November 15.206 Parteien durch das Wohnungsamt ihren Wohnbedarf befriedigen. Von den 7424 Zuweisungen entfallen 4608 auf angeforderte Wohnungen und Wohnräume, 1289 auf Tauschansuchen, 1138 auf Gemeindeneubauten, 266 auf Äquivalente, 68 auf die Übersiedlungshilfe, 53 auf den Paragraph 16 des Anforderungsgesetzes. Auch auf dem Gebiet der Hauserhaltung hat das Wohnungsamt positiv gearbeitet. Mit Hilfe des Bauamtes wurden 1388 Wohnungen und 80 Geschäftslokale vor dem Verfall gerettet, wofür ein Betrag von 4.1 Milliarden aufgewendet werden musste, den die Hausbesitzer rückzuerstatten haben. Durch die schlechte Witterung sind leider die Fortschritte der Gemeindeneubauten stark beschränkt. Wir haben einen harten und langen Winter und einen nassen Sommer gehabt. Das bewirkte, dass aus dem Bauprogramm dieses Jahres 5745 Wohnungen unvollendet sind. Wir rechnen damit, dass ein Teil noch in diesem Jahr vollendet, der grösste Teil aber im Frühjahr 1925 zu beziehen sein wird. Für das Jahr 1925 werden zehntausend Wohnungen neu zu bauen begonnen, so dass im kommenden Jahr mit einem grossen Vorsprung zu rechnen ist.

Es ist von der Minderheit in der Generaldebatte auch über das Obdachlosensend geredet worden. Ich habe nun erheben lassen, wie es früher ausgesehen hat. Im Jahre 1912 hatten wir in Wien durchschnittlich täglich 1526 Obdachlose, im Jahre 1913 schon 1592 und im Jahre 1914 gar 1625, während wir im Jahre 1924 nur 741 verzeichnen.

G.R. Doppler (chr. soz.): Die Rechnung ist falsch!

Sie ist richtig und die Verminderung hat ihren Grund darin, dass wir alles versuchen, um gerichtliche Kündigungen hintanzukalten und wenn eine Delogierung nicht mehr zu vermeiden ist, trachten wir, die Partei rasch unterzubringen.

Von der Minderheit wird auch immer erklärt, dass der gesetzliche Instandhaltungszins viel zu niedrig sei. Wir haben in Wien 42.000 Häuser von denen bis jetzt für 6681 bei den Schlichtungsstellen um eine Erhöhung des Instandhaltungszinses angesucht worden ist. Sicherlich gibt es viele Mieter, die gar nicht zur Schlichtungsstelle gehen, aber da können nicht mehr als gleichfalls 6000 sein, so dass also nur ein kleiner Bruchteil mehr als den gesetzlichen Instandhaltungszins zahlt. Wir sind der Ansicht, dass der Instandhaltungszins so bemessen sein muss, dass er hinreicht, um die Häuser vor dem Verfall zu schützen.

Schliesslich möchte ich noch darauf verweisen, dass die Arbeit der Funktionäre und Beamten des Wohnungsamtes ungemein schwierig ist und dass alle in diesem Jahre das möglichste geleistet haben. Sie haben der Bevölkerung das gebracht, was sie berechtigterweise erwarten konnte, und ich fühle mich verpflichtet, allen Mitarbeitern für die grosse, schwierige und undankbare Arbeit öffentlich zu danken. (Lebhafte Beifall.)

G. R. Preyer (chr. soz.) klagt, dass die Mandatäre der Minderheit in die Tätigkeit des Wohnungsamtes nicht den richtigen Einblick erhalten. Er beklagt, dass die zur Verfügung stehenden Wohnungen zumeist eingewanderten Juden zugewiesen werden und bespricht hierauf die Zuweisung der 71 Wohnungen im neuen Wohnhausbau der Gemeinde in der Albertgasse. Ein Beschluss der Bezirksvertretung Josefstadt, dass die Wohnungen wohnungsbedürftigen Josefstädtern zugewiesen werden, habe nicht Beachtung gefunden.

G.R. Hiess (Soz. dem.) Was würde denn mit den Wohnungslosen geschehen, wenn sich jeder Bezirk absperren würde?

G.R. Preyer sagt weiter, einem Mandatar des Bezirkes sei erklärt worden, es sei schon eine Liste fertig, auf der die stehen, die Wohnungen bekommen werden.

G.R. Iser (soz. dem.) Aber das war ja in Graz und nicht in der Josefstadt!

G.R. Preyer schliesst mit der Erklärung, dass die Mehrheit im Wohnungswesen Parteipolitik betreibt. (Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R. Hofbauer (soz. dem.) bespricht das Kleingartenwesen. Dieses ist in der letzten Zeit in seiner Entwicklung stillgestanden. Eine Ursache davon sei, dass es nicht mehr so schwer sei, Lebensmittel zu erlangen. Viele Kleingärtner mussten die Plätze, die sie lieb gewonnen haben, räumen, weil der Boden für etwas wichtigeres, für die Wohnneubauten der Gemeinde benötigt wurden. Diese schweren Opfer wurden im vollsten Einvernehmen mit den Betroffenen vereinbart. Durch das nächste jährige Bauprogramm der Gemeinde werden wieder Kleingärtner ihren Boden verlassen müssen. In das heurige Budget sind 300 Millionen eingesetzt, die dazu dienen sollen, die Kleingärtnerbewegung zu stabilisieren. Während in Deutschland das Gebiet zuerst parzelliert wird und dann darauf gebaut wird, geschieht in Wien zumeist das Umgekehrte. Die Kleingärtner errichten auch zumeist auf ihrem Boden Lauben nicht aus Holz, sondern auch feste Bauten aus Ziegel und Beton. Es gibt 4500 solcher Gartenhütten in Wien, die manchmal auch ganzjährig bewohnt werden. Die 300 Millionen werden aufgewendet, um eine Parzellierung durchzuführen. Im vorigen Jahre wurde auch ein Bauregulativ beschlossen, es soll das Kleingartenwesen in eine gesetzliche Form gebracht werden. Man will in das Durcheinander von Kleingarten- und Siedlungsbewegung Ordnung bringen. Dazu würden zwar auch die bestehenden Gesetze genügen, aber die Gemeinde will das ohne Zwang, durch gütliche Vereinbarung durchführen. Es werden auch heuer Prämien für die schönsten Kleingärten und die schönsten Kleingartenkolonien verteilt werden, heuer gibt es auch eine neue Post für die schönsten Lauben, für diesen Zweck sind 15 Millionen eingesetzt. Eine Post von 60 Millionen wird durch Prämien das Kleingartenwesen fördern. Hoffentlich wird dadurch das Kleingartenwesen so emporgebracht werden, wie es sich in Deutschland entwickelt hat. (Lebhafte Beifall.)

G.R. Hörmayer (chr. soz.) sagt, dass bei den Wohnungszuweisungen parteiisch zugegangen werde. Man möge bei der Aufteilung der Wohnungen rigoros vorgehen.

G.R. Wielsch (chr. soz.) schildert die Schicksale obdachloser Familien und tritt dafür ein, dass ein Tagesheim für Obdachlose geschaffen werden soll. Es sei auch erwägenswert, ob es nicht möglich wäre, vorläufig wenigstens einen Tagraum im Obdachlosenasyl einzurichten. Das Wohnungsamt soll auch eine Revision der zugewiesenen Wohnungen vornehmen, weil in vielen Fällen solche Wohnungen ohne Verständigung des Wohnungsamtes weitervergeben worden sind.

G.R. Ullreich (chr. soz.) vermisst in dem Voranschlag eine Post über die Subventionierung der Schulgärten und fragt, ob man diese Sache künftighin überhaupt nicht mehr unterstützen wolle. Aus dem Budget sei auch nicht zu ersehen, dass im kommenden Jahre an die Veranstaltung einer Kleingartenausstellung gedacht werde. Es scheine vielmehr, dass Fallengelassen solche Ausstellungen beschlossene Sache zu sein, denn das ganze Inventar der letzten sehr erfolgreichen Kleingartenausstellung ist an den Verband verkauft worden. Die Veranstaltung ist aber sehr nützlich und es wäre schade, wenn die Gemeinde davon absehen würde. Die von Gemeinderat Hofbauer erwähnte Aussprache mit den Kleingärtnern wegen Übergabe ihrer Grundstücke zum Wohnhausbau sei nach Mitteilungen der Siedler durchaus nicht so friedlich verlaufen und auch nicht im besten Einvernehmen erfolgt. Man hat die Kleingärtner vielfach gezwungen ihre Gärten zu räumen.

20/12

Wynon

Redner erklärt weiter, dass die christlichsoziale Gemeindeverwaltung die Schrebergartenbewegung in vielfacher Hinsicht gefördert und für sie Verständnis bewiesen habe und beanständet, dass, in den veranschlagten Summen zwischen Wohn- und Siedlungsbauten keine Grenze gezogen sei. Die Gemeindewohnungen entsprechen vor allem in der Grösse nicht. Es sei bedauerlich, dass die Gemeinde nur Genossenschaften Kredite gibt, die auf Gemeindeboden bauen (Beifall)

Stadtrat Weber antwortet in seinem Schlusswort, dass für Siedlungsbauten deswegen nicht eigene Post eingesetzt sei, weil für das Siedlungsprogramm des kommenden Jahres dem Gemeinderat eine gesonderte Vorlage wird. Wenn keine besondere Post für Schulgärten enthalten ist, so muss auf die Post Kleingartenwesen „Für besondere Zwecke“ verwiesen werden. Für die Kleingartenausstellung sei kein Betrag eingesetzt, weil diese Ausstellung so kostspielig ist, als dass die jedes Jahr gemacht werden könnte. Wegen des Wohntyps in den Neubauten habe Redner wiederholt darauf hingewiesen, dass es sich zunächst darum handelt, der Masse der Kleinwohnungen suchenden Parteien gerecht zu werden. Alle anderen Bedürfnisse müssen vorläufig zurückgestellt werden. Erst wenn dieses Bedürfnis befriedigt sein wird, kann die Gemeinde grössere Wohnungen errichten. Uebrigens enthalten bereits einzelne Häuser der Gemeinde grössere Wohnungen und zwar in einem nach Ansicht des Redners zu reichlichem Ausmass.

Stadtrat Siegel: Sehr richtig!

Stadtrat Weber: Die Obdachlosenfrage beschäftigt gewiss die Gemeindeverwaltung aber diesem Problem kann man nur dadurch begegnen, indem man mit dem Aufgebot aller zur Verfügung stehenden Mittel an den Bau von Wohnungen schreitet. Im kommenden Jahre wird die Wohnungsproduktion bereits erreicht sein und nur das ist der Weg, der uns aus dem Obdachloseneiland herausführt. Die Gemeindeverwaltung wird auch daran gehen, die Bewohner der Notstandswohnungen in den Baracken von Simmering, Baumgarten und Grinzing herauszunehmen und diese frei gewordenen Baracken als Durchzugsheime verwenden. Was die Revision der zugewiesenen Parteien anlangt, so erfordert sie Massnahmen, die Ihrer Politik widersprechen. Wegen der Mitwirkung der Mandatäre der Minderheit in den Wohnungskommissionen muss auf das Entschiedenste erklärt werden, dass ihnen nur das Recht der Kontrolle, aber nicht das der Zuweisung zusteht.

Stadtrat Siegel: das hat Dr. Kienböck einmal sehr warm begrüsst.

Stadtrat Weber schliesst mit dem Hinweis darauf, dass die grosse Masse der Wiener Bevölkerung keineswegs der Meinung sei, dass die schwierige Arbeit parteipolitisch erfolge und dass sie zur Verwaltung der Sozialdemokraten volles Vertrauen habe. (Beifall)

Vorsitzende Gemeindefrau Böck teilt nun mit, dass die Abstinenz zurückgestellt wird und die nächste Sitzung am Montag um 10 Uhr vormittags stattfindet.

Schluss der Sitzung um 11 Uhr nachmittags.